

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1539  
Circulasse Riesa Nr. 52.

N. 6.

Donnerstag, 8. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 4 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewerbe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 wöchentliche Bahntarife, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — strieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Zur Regierungsbildung.

Berlin. (Funkpruch nachm. 1 Uhr.) Reichspräsident Ebert hat namentlich im Hinblick auf die außenpolitische Lage den Reichskanzler ersucht, möglichst beschleunigt ein Kabinett zusammenzustellen. Reichskanzler Marx hat diesen Antrag angenommen und wird versuchen, noch im Laufe des heutigen Tages ein Kabinett zu bilden. Gegenwärtig findet ein Kabinettsrat statt.

### Ein verschleiertes Kabinett der Mitte für die Volkspartei untragbar.

Berlin. Die Reichstaatsfraktion der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Deutsche Volkspartei nimmt davon Kenntnis, daß die Zeitungsmeldungen über ein Ultimatum des Kanzlers an die Deutschnationale Volkspartei den Tatsachen nicht entsprechen. Sie würde andernfalls verpflichtet gewesen sein, darauf hinzuweisen, daß ein solches Ultimatum der unannehmbare Weg sein würde, um eine tragfähige Regierung aufzubauen. Nach Auffassung der Deutschen Volkspartei müssen die Verhandlungen weitergeführt werden. Die Partei legt entscheidenden Wert darauf, festzustellen, daß sie ein wenn auch verschleiertes Kabinett der Mitte nicht unterstützen werde, weil die gegenwärtigen außen- und innenpolitischen Aufgaben nur gelöst werden können, wenn die Regierung sich auf eine feste bürgerliche Mehrheit stützt.

### Bevorstehende Vertagung des Reichstages.

B.D. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, rechnet man mit einer unmittelbar bevorstehenden Vertagung des Reichstages. Ein entsprechender Antrag wurde bereits für den Schluß der Mittwoch-Sitzung erwartet, er soll aber spätestens am Donnerstag gestellt werden. Vorher soll noch ein Leberwurstsausschuß eingesetzt werden, der die Rechte des Reichstages in der Zeit, in der keine Vollsitzungen stattfinden, wahr.

### Das weitere Schicksal der Räumungsfrage.

B.D. Berlin, 8. Januar. Der deutsche Protest gegen die Hinabschiebung der Räumung der nördlichen Zone ist für die weiteren Entscheidungen der alliierten Mächte von ziemlich großer Bedeutung. Man muß zunächst abwarten, welche Willkürungen dieser Protest haben wird, der in erster Linie die Räumungsfrage aufgeworfen hat. Eine direkte Antwort des deutschen Protestes durch die alliierten Regierungen ist zwar wenig wahrscheinlich, aber ebenso wenig ist anzunehmen, daß die alliierten Regierungen, insbesondere England, die deutschen Vorstellungen mit Stillschweigen übersehen werden.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die Reichsregierung zunächst die in der ersten Note der alliierten Mächte angeforderte weitere Mitteilung abwarten müssen, ehe irgendwelche weiteren Schritte unternommen werden können. Die in Aussicht gestellte zweite Note der alliierten Mächte soll bekanntlich im Anschluß an den endgültigen Bericht der Militärkontrollkommission erfolgen, der nach neuerlichen englischen Mitteilungen im Laufe der nächsten Woche schon überreicht werden soll. Der deutschen Regierung läge es vor allem darauf an, daß der gegenwärtige Konflikt so schnell wie möglich beendet wird. Hierfür ist jedoch zur Zeit noch wenig Aussicht vorhanden. Wenn die alliierten Regierungen bereit sein werden, den Verhandlungsweg zu beschreiten, so wäre die Möglichkeit gegeben, daß bis Februar ein Übereinkommen erzielt werden kann, das einen bestimmten Termin für die Räumung der nördlichen Zone zur Voraussetzung haben würde. Die Befürchtungen der deutschen Regierung gehen jedoch dahin, daß die angeforderten Bedingungen in der Entwaffnungsfrage, die Deutschland vor der Räumung der nördlichen Zone noch erfüllen müßte, die Festlegung eines bestimmten Termins überhaupt erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen werden. Es ergibt sich vor allem die Frage, ob es möglich sein wird, den Kompromißweg zu beschreiten und auf die bereits von England angeregte Zusammenlegung der Räumung des Ruhrgebietes mit der Räumung der nördlichen Zone einzugehen oder ob aus irgendwelchen politischen Rücksichten der grundsätzliche Gegenstand zum Ausdruck gebracht werden soll.

Gerade im Hinblick auf die kritische Lage der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat man wenig Anlaß, die außenpolitische Lage irgendwie zuverfänglich zu beurteilen. Man hofft zwar, daß die Vermittlungsbemühungen der amerikanischen Regierungskreise in London und Paris fortgesetzt werden, da sonst wenig Aussicht vorhanden sein wird, in absehbarer Zeit zu einer Einigung zu gelangen. Die französische Politik operiert gegenwärtig mit ziemlich großer Zurückhaltung. Sie legt auf die Regelung der gegenwärtig im Vordergrund stehenden finanziellen und wirtschaftlichen Fragen zweifellos größeren Wert als auf die Auseinandersetzungen mit Deutschland. Darum ist noch immer nicht die Aussicht geschwunden, daß die zweite Note der Vorkonferenz den Weg zu Verhandlungen vorschlägt und die deutsche Regierung direkt auffordert, ihre Auffassungen zum Ausdruck zu bringen. Dies würde einer Annahme des deutschen Verhandlungsvorschlages gleichkommen und zu einer Entspannung der gegenwärtigen außenpolitischen Krise führen.

## Der Wortlaut der deutschen Antwortnote.

(Berlin, 7. Januar. Die deutsche Antwort auf die Note der Alliierten Regierungen zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Sehr Hochachtungsvoll!

Im Namen der Deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen auf die dem Herrn Reichskanzler am 5. Januar übergebene Note über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone folgendes erwidern mitzutteilen:

Die Note bestätigt die Befürchtungen, welche die Deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte. Trotz der von ihr infolge dessen erhobenen dringenden Vorstellungen haben die Alliierten Regierungen sich entschlossen, die nördliche Rheinlandzone am 10. Januar nicht zu räumen. Die Deutsche Regierung sieht sich dadurch vor die Tatsache gestellt, daß die Alliierten Regierungen den Termin, der nach dem System des Vertrages von Versailles die erste Epoche seiner Durchführung abschließen und für Deutschland auf verschiedenen Gebieten eine Erleichterung seiner Bestimmungen bringen soll, in Ansehung der wichtigsten dieser Erleichterungen, der Befreiung eines großen Teiles besetzten deutschen Gebietes, nicht inne halten wollen.

Die für lange Jahre vorgesehene Befreiung großer deutscher Gebietsteile durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfang und solcher Dauer zu finden sein. Maßnahmen dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert. Wenn die Alliierten Regierungen die Befreiung jetzt noch über die vertragsmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie sich über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nicht im Zweifel sein. Sie haben dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an die Konföderierung seiner Verhältnisse und an die ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttert.

Die Alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung ihres Vorgehens auf deutsche Verletzungen in der Entwaffnungsfrage. Sie beschränken sich indes einseitig darauf, die Verletzungen allgemein anzudeuten. Nach Ansicht der Deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf welche die Alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre. Eine abschließende Mitteilung dieser Art hätte um so mehr erwartet werden, als die Beurteilung des Sachverhalts selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen und beliebigen Ermessen der Alliierten Regierungen abhängt. Durch ihr Verfahren haben die Alliierten Regierungen der Deutschen Regierung die Möglichkeit genommen, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angeforderte weitere Mitteilung aufs äusserste beschleunigt wird. Sie wird abdann nicht zögern, über die von den Alliierten Regierungen beanstandeten Punkte Aufklärung zu geben. Ebenso ist sie bereit, in solchen Fragen, in denen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den Alliierten Kontrollorganen bestehen, das Übrige

zu tun, um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen.

Schon jetzt muß die Deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, die Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit dem Stande der deutschen Entwaffnung zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist. Es ist richtig, daß Artikel 49 des Versailler Vertrages die Räumung des besetzten Gebietes zu den dort vorgesehene Terminen von der getreulichen Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen abhängig macht. Bei objektiver Auslegung dieses Artikels könnte aber von den Alliierten Regierungen das Recht zu einer Einseitigkeit der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden, wenn deutsche Verletzungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte einer Verlängerung der Befreiung entspricht. Für die lokale Handhabung internationaler Verträge ist es elementares Gebot, daß zwischen der Nichterfüllung einzelner Vertragspunkte und der daraus zu ziehenden Folgerung kein offenes Mißverhältnis besteht. Von der Erfüllung dieser Voraussetzung kann im vorliegenden Fall unter keinen Umständen die Rede sein. Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entschlossen, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt. Angesichts dieser unzweifelhaften Tatsache kann aus Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich die Befreiung zu einer Vergeltungsmaßnahme gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den Alliierten Regierungen jetzt angefordert worden ist.

Die Deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der Alliierten Regierungen entschiedene Verwahrung ein.

Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf eins nicht außer Acht gelassen werden. Bei einem Vertrage, der, wie der Versailler Vertrag, nicht auf dem Verhandlungsweg zustande gekommen ist, und der dem einen Teile auf allen Gebieten ungeheure Lasten auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den belasteten Teil keineswegs ohne weiteres der Vorwurf mangelnder Vertragstreue hergeleitet werden. Eine sachgemäße Beurteilung solcher Streitpunkte ist nur auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung herbeizuführen. Deutschland hat durch die gewaltigen Leistungen, die es auf Grund des Versailler Vertrages, insbesondere auch auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen, bewirkt hat, seinerseits die Voraussetzung für eine Politik friedlicher Verhandlung geschaffen. Die Entwidlung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz, hat gezeigt, daß eine solche Politik durchaus im Bereiche der realen Möglichkeiten liegt. Nur wenn die Alliierten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung sowohl der Räumungsfrage als auch der Entwaffnungsfrage von dem gemeinsamen Interesse der europäischen Länder in der Fortführung jener Politik leiten lassen, ist es möglich, zu der unbedingt gebotenen sanfteren Regelung des durch das Vorgehen der Alliierten Regierungen geschaffenen Konfliktes zu gelangen.

Genehmigen Sie usw.

Gen. Stresemann.

## Die Arbeit des Reichstages.

Berlin. (Funkpruch.) Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung die Dispositionen für die nächsten Tage getroffen. Am morgigen Freitag werden Geschäftsordnung und Amnestieanträge beraten. Für die Sonnabend-Sitzung ist die Regierungserklärung in Aussicht genommen, weil erwartet wird, daß bis dahin die Bildung der Regierung vollzogen ist. Am Montag soll dann die Ansprache über die Regierungserklärung beginnen. Im übrigen einigte sich der Vorkonferenzrat über die Einbringung früherer Beschlüsse, wie der Ausschüsse für Kriegsbeschädigtenfragen, für die Aufwertungsfragen, für das besetzte Gebiet usw.

## Eröffnung der interalliierten Finanzministerkonferenz.

Paris. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde im Uhrensaal des Ministeriums des Auswärtigen durch den französischen Finanzminister Clementel die interalliierte Finanzministerkonferenz eröffnet. Auf der Konferenz sind vertreten außer Frankreich die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, Japan, Belgien, Polen, Rumänien, Serbien, die Tschecho-Slowakei, Griechenland und Portugal. Finanzminister Clementel sagte in seiner Eröffnungsrede, er wolle aus Erfahrung, daß man zusammen zu einer einmütigen Lösung des Problems kommen werde. Man werde das in London vor einigen Monaten geschaffene Werk ergänzen. Wir letzten, fuhr der Minister fort, mit Deutschland eine neue Zahlungsform für die Reparationen fest. Unter gemeinsamer Schutzhülle übernahm von da ab

uns gegenüber Verpflichtungen, die er übrigens bis heute pünktlich erfüllt hat, während noch verschiedene Elemente der Unsicherheit vorhanden sind, besonders hinsichtlich der Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Gläubigerstaaten. Unsere Delegierten bei der Reparationskommission, die durch die von ihnen vertretenen Regierungen zu diesem Zwecke besonders beauftragt werden müssen, müssen jeden Monat die undankbare Arbeit der provisorischen Verteilung vornehmen. Wir alle empfinden die Unvollkommenheit des provisorischen Regimes mit so kurzen Terminen. Daher bin ich sicher, daß Sie meine Verteidigung hinsichtlich der neuen Aussicht auf eine etwas dauerhaftere Regelung teilen werden. Die uns gestellte Aufgabe ist vielleicht weniger kompliziert als sie bei der Letztüre des technischen Berichtes, wo alle Fragen sich notwendigerweise zugleich aufdrängen, zu sein scheint. In dieser Vermittlung der Rechte und Interessen gibt es eigentlich nur drei oder vier Probleme, die wirklich die Frage der Verteilung der deutschen Zahlungen beherrschen. Aber diese drei oder vier Hauptprobleme sind ihrerseits relativ sekundärer Natur und hängen mit dem die Grundlage bildenden Übereinkommen, das wir in London verwirklicht haben. Heute wie gestern werden die Gefühle und überhebenden Interessen, die uns einigen, die Debatte beherrschen.

Nach der Rede Clementels dankte Churchill namens der alliierten Finanzminister für die Beachtung. Auf seinen Vorschlag wurde Clementel zum Vorsitzenden der Konferenz ernannt. Da die Berichte der Sachverständigen, die an der vorbereitenden Konferenz teilgenommen haben, noch nicht verteilt werden konnten, wurde die nächste Sitzung auf heute nachmittags 5 Uhr einberufen.

Nach einer Information der Agence Havas ist es wahrscheinlich, daß die Finanzminister insofern eine offizielle Beratung abhalten werden, um eine Art Programm festzusetzen und um in diesem Programm alle Fragen aufzulösen, über die eine sofortige Einigung möglich erscheint. Um 8.50 Uhr war die erste Sitzung beendet.